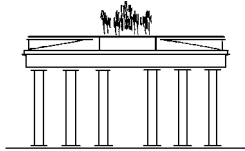
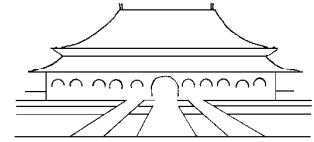


Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein e.V.



Ludwigsfelde



Informationsblatt Nr. 71

Liebe Mitglieder!

Wir haben Corona bedingt schwere Zeiten zu überstehen! Unser Vereinsleben ist stark beeinträchtigt und noch ist nicht klar, wann wir wieder zur Normalität zurück finden werden.

Der Vorstand wird alles unternehmen, dass wir auch weiterhin unseren satzungsgemäßen Auftrag, durch Informationen über die Innen- und Außenpolitik der VR China, über politische Entwicklungen, deren Hintergründe und Ursachen den Gedanken der Völkerfreundschaft, insbesondere der Freundschaft zum chinesischen Volk mit Leben erfüllen.

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und Freunden für das Jahr 2022 alles Gute, Gesundheit und Tatkraft!

Auf Grund der sich weiter zuspitzenden Krisensituationen und des Kampfes des Weltimperialismus gegen China und Russland sind auch unsere Stimmen für ein friedliches Zusammenleben aller Völker notwendiger denn je!



Jahr des Tigers

China will Frieden sichern

aus JUNGE WELT vom 23.November 2021 (Auszug)

Unterschiedliche Politik, entgegengesetzte Signale: Unter Vorsitz des chinesischen Präsidenten Xi Jinping erinnerte die Allianz Südostasiatischer Staaten (ASEAN) am Montag (22.11.21) auf einem virtuellen Sondergipfel an den Beginn der Wirtschaftskooperation zwischen den zehn Mitgliedstaaten und der Volksrepublik vor 30 Jahren. Am selben Tag starteten Australien, die USA und Großbritannien offiziell ihre Kooperation bei atomar betriebenen U-Booten.

Xi teilte in einer Rede mit, China und die 1967 gegründete ASEAN hätten sich auf die Einrichtung einer »Umfassenden Strategischen Partnerschaft« geeinigt. Das sei »ein neuer Meilenstein in der Geschichte unserer Beziehungen«.

Sie werde »Frieden, Stabilität, Prosperität und der Entwicklung unserer Region und der Welt neue Impulse« geben. Die Erhaltung des Friedens sei das »wichtigste

tigste gemeinsame Interesse«. Die Erfolge der Zusammenarbeit in den vergangenen 30 Jahren basierten darauf, dass alle Teilnehmer »einander respektiert« und auf der Grundlage »der elementaren Normen internationaler Beziehungen gehandelt« hätten.



Die östliche Kultur glaube an das Prinzip, »anderen nichts zuzufügen, was wir nicht für uns erstreben«. China und die ASEAN seien Heimatländer für viele Ethnien, Kulturen und Religionen, Diversität und Inklusion seien »Bestandteile unserer DNA«. Ein chinesisches Sprichwort besage: »Entfernung prüft die Kräfte eines Pferdes, und Zeit enthüllt die Redlichkeit eines Menschen.« China werde in diesem Sinn »ein guter Nachbar, guter Freund und guter Partner« sein. Es suche »niemals Vorherrschaft und schikaniere erst recht nicht kleinere Staaten«. Die Stabilität des Südchinesischen Meeres müsse gemeinsam bewahrt werden, um es »zu einem Meer des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit zu machen«. Die Volksrepublik unterstütze die Bestrebungen der ASEAN, »eine atomwaffenfreie Zone zu bilden«, und sei bereit, das entsprechende Vertragsprotokoll so früh wie möglich zu unterzeichnen. Sein Land werde in den kommenden drei Jahren die ASEAN-Staaten mit weiteren 1,5 Milliarden US-Dollar für ihre Entwicklung unterstützen und bei der Armutsreduzierung helfen.

Agitation gegen China

IPAC vereint politisches Spektrum von Grünen bis Ultra-Rechten
aus JUNGE WELT vom 08.11.2021 (Auszug)

Die Organisation IPAC, das ist die Inter-Parliamentary Alliance on China, ein noch recht junger Zusammenschluss von bisher etwa 220 Parlamentariern aus rund 20 Ländern, die nur eins verbindet: der Wille zur beinharten Agitation gegen die Volksrepublik. »Aktivisten«, das war für die nach Rom gereisten IPAC-Politprofis wie Iain Duncan Smith, Abgeordneter und Experte der Tories, eine unverdient unverdächtige, schmeichelhafte Bezeichnung. Professionell hatten sie

dafür gesorgt, dass ihr Miniaturprotest vor der chinesischen Botschaft in Rom – keine zwei Dutzend Personen waren auf ihrem Gruppenfoto zu sehen – kurz vor Beginn des G20-Gipfels um die Welt ging, dank *Guardian*, der *Voice of America* und einigen weiteren mehr. China müsse an den Pranger gestellt werden, tönnten sie – und ihre Botschaft kam an.

In die Gründung der IPAC im vergangenen Jahr ist ein deutscher Politiker maßgeblich involviert gewesen: **Reinhard Bütikofer**, EU-Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen und zudem – ausgerechnet – Leiter der China-Delegation des EU-Parlaments.

Auf der »Münchner Sicherheitskonferenz« Mitte Februar 2020 brachte Bütikofer die Gründung eines »Transatlantic China Caucus« ins Gespräch, eines überparteilichen Zusammenschlusses von Abgeordneten aus dem US-Kongress und dem EU-Parlament, der Absprachen bezüglich der China-Politik treffen sollte. Er habe sich bereits umgehört, erzählte Bütikofer damals dem *Tagesspiegel*, »im US-Regierungs- und Parlamentsviertel dazu schon zahlreiche Gespräche geführt« – und es habe sich gezeigt: »Das Interesse auf amerikanischer Seite ist groß.« Die Gespräche wurden offenbar fortgesetzt; Parlamentarier aus anderen Staaten wurden einbezogen, und am 5. Juni 2020 war es dann schließlich soweit: 16 Abgeordnete aus acht Parlamenten, darunter das EU-Parlament und der US-Kongress, gaben die Gründung der IPAC bekannt. China sei zu einer »geopolitischen Herausforderung« geworden, hieß es. Bütikofer kündigte an, man werde gegen Beijing »gemeinsame Werte verteidigen«. Das sei Aufgabe der neuen Organisation.

Eine Besonderheit der IPAC ist, dass sie Parlamentarier aus den unterschiedlichsten politischen Spektren vereint. Bütikofer und weitere Grünen-Politiker gehören ihr ebenso an wie Konservative, US-Rechtsaußen wie Marco Rubio, Politiker der ultrarechten Schweizerischen Volkspartei und der italienischen Lega. Aus Deutschland sind unter anderem **Michael Brand** (CDU), **Omid Nouripour** (Bündnis 90/Die Grünen) und **Gyde Jensen** (FDP) dabei.

Die IPAC hat einen Beirat, dessen Mitglieder über allerlei einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, und sie leistet sich ein eigenes Sekretariat. Sie hat potente Sponsoren: Finanziert wird sie nach eigenen Angaben von den Open Society Foundations von **George Soros**, von der Stiftung National Endowment for Democracy, die vom US-Kongress gegründet wurde und aus dessen Haushalt ihre Mittel erhält – als Vorfeldorganisation der US-Außenpolitik –, und von der Taiwan Foundation for Democracy, einer Art taiwanischem Äquivalent dazu, in deren Gremien Außenminister Joseph Wu persönlich vertreten ist. An Geld fehlt es also nicht.

Geplante Termine für das erste Quartal 2022

28. Januar 2022 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde Klubkino

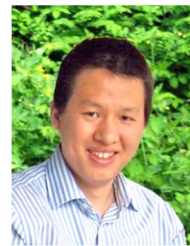
Vortrag: „Feindbild China - was wir alles nicht über die VR
China wissen“
Referent: Dr. Uwe Behrens



MITTWOCH

16. Februar 2022 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde Klubkino

Vortrag: Traditionelle Chinesische Medizin - Ernährung und
Verdauung
Referent: ZHEN Zhang



25. März 2022 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde Klubkino

Vortrag: „Warten wir die Zukunft ab“
Referent: Dr. Hartmut König



Im Auftrag des Vorstandes
Dr. Ulryk Gruschka

Ludwigsfelde, den 08.12.2021

-Vorsitzender-

Vorstandsvorsitzender: Dr. U. Gruschka, Petrikirchstr. 12 in 14943 Luckenwalde
☎/Fax: 03371-642439 Mail: ulrykgruschka@online.de URL: www.dcfv-ludwigsfelde.de
Der Verein ist eingetragen unter: VR-Nr. 4929P Amtsgericht Potsdam
Bankverbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse – IBAN: DE49 160500 00 3637021560